

Beschluss:

1. Vom Hamburger Modell zur Steigerung des Wohnungsbaus und den bisherigen und geplanten Aktivitäten und Erfolgen des Freistaates Bayern („Wohnungspakt Bayern“) sowie der Landeshauptstadt München („Wohnungsbauoffensive“) bei der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum wird Kenntnis genommen.
2. Die Landeshauptstadt München bekundet darüber hinaus ihre Bereitschaft, gemeinsam mit dem Freistaat Bayern nach Lösungen zu suchen, wie der Bau von zusätzlichen langfristig sozial gebundenen Wohnungen für die unteren Einkommensgruppen und von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen insbesondere für Beschäftigte in den Berufen der Daseinsvorsorge, für Genossenschaften und für Werksmietwohnungen innerhalb und auch über den Einkommensgrenzen der Wohnraumförderung gesteigert und vorhandener preisgünstiger Mietwohnraum wirksam geschützt und erhalten werden kann.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, in die Gespräche mit dem Freistaat Bayern zu einem Wohnungspakt auch den Vorschlag zu einer Ausweitung des Wohnungspaktes Bayern zu einem Bündnis des Freistaates Bayern mit den Landkreisen und Kommunen im Sinne der in den regionalen Wohnungsbaukonferenzen verfolgten Strategien und Ziele für die Wachstumsregion München mit einzubringen.
4. Die Landeshauptstadt München nimmt zur Kenntnis, dass die wünschenswerte Öffnung des Kommunalen Wohnraumförderprogramms (KommWFP) für kommunale Wohnungsbaugesellschaften vom Freistaat Bayern unter Hinweis auf EU-beihilferechtliche Gründe derzeit nicht gewährt wird. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Freistaat Bayern dafür einzusetzen, dass das Förderprogramm im Rahmen der beabsichtigten

Fortführung über 2019 hinaus so ausgestaltet wird, dass die Fördermittel auch an kommunale Wohnungsbaugesellschaften ausgereicht werden können.

5. Vom Vortrag zu den Inhalten der beiden Modellprojekte
„8-Euro-Wohnungsbau“ der Hansestadt Hamburg wird Kenntnis genommen.
6. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03412 von Herrn StR Christian Müller, Frau StRin Heide Rieke, Herrn StR Alexander Reissl, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Herrn StR Gerhard Mayer, Frau StRin Simone Burger, Frau StRin Renate Kürzdörfer vom 25.09.2017 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
7. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03760 der Stadtratsfraktion der FDP - HUT vom 25.01.2018
ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt
8. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03945 von Herrn StR Alexander Reissl vom 27.03.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt
9. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle